



## Geschäftsführung Integrationsrat

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 25.11.2009

### Niederschrift

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 28.04.2009, 15:00 Uhr bis 17:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Tayfun Keltek

LDK

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Özlem Demirel

Die Linke

#### Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates

Herr Ali Esen

LB

Firma Antonella Giurano

sozial

Herr Malik Karaman

SPD

Herr Joao Mahembe Baptista

Integration

Frau Gonca Mucuk-Edis

SPD

Frau Veronica Oommen

WIK

Herr Viktor Ostrowski

PHOENIX

Herr Turan Özkücük

LDK

Herr Rafet Öztürk

LDK

Herr Metin Sirin

LB

Herr Selahattin Toprakci

BAKA

Herr Angelo Truisi

Roma

Herr Fatih Turan

DIALOG

Herr Ilhan Uzun

LB

Herr Igor Voloshin

Forum

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Teresa Elisa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Bernhard Ensmann	CDU
Herr Alfred Hoffmann	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Arif Ünal	Grüne
Herr Ulrich Breite	FDP

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Martina Domke	Diakonisches Werk
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Öznur Naz	Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Herr Claus-Ulrich Pröbß	Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst  
Frau Ina-Beate Fohlmeister

### **Schriftführer**

Herr Andreas Vetter

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Salvatore Azzolina	EUROPA 2000/ITALIA
Herr Vincenzo Di Salvo	ITALIA
Herr Ismail Karadöl	LB

Herr Sabri Surat	AVRASYA
Herr Songül Zeren	BAKA

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Hildburg Holländer	CDU
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Herr Süleyman Ates	Deutscher Gewerkschaftsbund
Herr Stefan Krause	Agentur für Arbeit
Herr Michael Sewenig	Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Herr Dr. Meinolf E. Sprengelmeier	Arbeitgeber Köln e.V.
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung

Der Ausschussvorsitzende Herr Tayfun Kelttek begrüßt die Mitglieder des Integrationsrates sowie Herrn Stadtdirektor Kahlen als Referenten zum Thema Ausbildungsförderung ( TOP 1.2).

Herr Stefan Krause von der Agentur für Arbeit scheidet als beratendes Mitglied im Integrationsrat aus; als Nachfolger im Integrationsrat für die Agentur für Arbeit wird Herr Karl Tymister begrüßt.

Die geänderte Tagesordnung wird vorgestellt und beraten.

- Vier Mitglieder des Integrationsrates haben einen Dringlichkeitsantrag zur „Zukunft der kommunalen Migrantenvvertretungen“ eingebracht; dieser ist unter TOP 5.4 geführt.  
Der Aufnahme auf die Tagesordnung aufgrund der besonderen Dringlichkeit wird einstimmig zugestimmt.
- Zu TOP 5.1 wurde seitens der SPD Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ein Änderungsantrag gestellt.  
Der Aufnahme auf die Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.
- Der TOP 4.2 ‚Ausbildungsbericht‘ wird unter dem TOP 1.2 ‚Vortrag zum Thema Ausbildungsförderung‘ mitbehandelt.

Die Mitglieder des Integrationsrates sind mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

0 Verpflichtung von persönlichen Vertretern/ Vertreterinnen

#### **1 Aktuelle Themen**

1.1 Bestellung der Schriftführung im Integrationsrat

1.2 Vortrag des Herrn Stadtdirektor Kahlen zum Thema Ausbildungsförderung

1.3 Wahl der /des 3. Vorsitzenden des Integrationsrates

1.4 Benennung eines Vertreters / einer Vertreterin des Integrationsrates in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender

#### **2 Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

2.1 Doppelte Staatsangehörigkeit  
1386/2009

2.2 Anfrage des Herrn Karaman vom 02.01.2009 zu "Wochenzeugnissen" an Schulen  
1151/2009

2.3 Anfrage zum Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts in städtischen Grundschulen  
1355/2009

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### **4 Mitteilungen**

- 4.1 EFRE Wettbewerb "Medien.NRW"  
0812/2009
- 4.2 Ausbildungsbericht  
5227/2008
- 4.3 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2009  
1412/2009
- 4.4 Haus der Kulturen der Welt  
0873/2009
- 4.5 Sitzung des Integrationsrates vom 03.03.2009, TOP 7.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum "Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V."  
1491/2009
- 4.6 Bericht zur Arbeitsmarktsituation / Informationsdienst Kölner Arbeitsmarkt  
1771/2009
- 4.7 Auszug aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren - Verbesserung der Beschäftigungssituation (U25-Konferenz)  
1610/2009
- 4.8 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsangebote in Köln  
1547/2009
- 4.9 Zwischenevaluation für das Rucksackprogramm  
0384/2009

- 4.10 Plakat des Lesben- und Schwulenverband Deutschland  
1770/2009

## **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 5.1 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von 'pro Köln' in Köln  
AN/0842/2009

Antrag auf Verabschiedung einer Resolution bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von "Pro Köln" in Köln  
AN/0795/2009

- 5.2 Antrag auf regelmäßige Vorstellung der in den Interkulturellen Zentren geleisteten Arbeit im Integrationsrat  
AN/0843/2009

- 5.3 Antrag auf Unterstützung des Appells "Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander"  
AN/0844/2009

- 5.4 Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen  
AN/0845/2009

## **6 Berichte**

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen

- 6.2 Bericht der Vertreter/innen des Integrationsrates für die Bezirksvertretung Mülheim und Porz

6.3 Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW)

6.3.1 Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU / FDP im Landtag zum "Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden"  
1613/2009

6.3.2 Stellungnahme der LAGA zum "Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation"  
1611/2009

6.3.3 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation - Entwürfe / Stellungnahmen  
1767/2009

## **7 Beschlussvorlagen**

7.1 Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche südlich der Arnsberger Straße in Köln-Buchheim  
Arbeitstitel: Südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim  
4797/2008

7.2 Zuschuss für den Verein "Christlich - Islamische Gesellschaft e.V."  
  
Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

7.3 entfällt

7.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training  
1423/2009

7.5 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2009  
1403/2009

- 7.6 Leitbildgruppe Moderne Stadtgesellschaft ev. Jugendpfarramt - Einführung des Sprachförderprogramms Kon Lab  
0979/2009
- 8 **Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 9 **Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**



## **I. Öffentlicher Teil**

### **0 Verpflichtung von persönlichen Vertretern/ Vertreterinnen**

Die Verpflichtung von persönlichen Vertretern / Vertreterinnen war nicht erforderlich.

### **1 Aktuelle Themen**

Es gab keine aktuellen Themen.

#### **1.1 Bestellung der Schriftführung im Integrationsrat**

Der neue Schriftführer bzw. Geschäftsführer des Integrationsrates Herr Andreas Vetter wird vorgestellt. Der Integrationsrat ist mit seiner Bestellung einverstanden.

Herr Vetter ist folgendermaßen zu erreichen:

Telefonisch: 221-23195

Fax: 221-65-23195

Mail: [integrationsrat@stadt-koeln.de](mailto:integrationsrat@stadt-koeln.de)

Adresse: Stadt Köln, Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt, Interkulturelles

Referat, Ottmar-Pohl-Platz 1, 51103 Köln

#### **Beschluss:**

Herr Vetter wird als neuer Schriftführer bzw. Geschäftsführer des Integrationsrates bestellt.

#### **1.2 Vortrag des Herrn Stadtdirektor Kahlen zum Thema Ausbildungsförderung**

Herr Stadtdirektor Kahlen referiert im Kontext „Ausbildungsförderung“ auf der Grundlage einer PowerPoint Präsentation zum Thema „Interkulturelle Aktivitäten der Stadt

Köln“ unter besonderer Hervorhebung des Bereiches „Beteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“.

Die PowerPoint Präsentation wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Papierform zur Verfügung gestellt.

In der anschließenden Aussprache wird grundsätzlich der sehr konstruktive Ansatz der Stadt Köln ausdrücklich begrüßt.

Nachfragen / Anregungen der Integrationsratsmitglieder werden folgendermaßen beantwortet:

- Nachfrage: Wann wird der Culture-Fair Prozess angewandt?  
Eine Prognose im Rahmen des Culture-Fair Prozesses (Entwicklung der Sprachkenntnisse im Rahmen der Ausbildung) wird nur bei neu zugewanderten Migranten verwandt.
- Vorschlag: Erhöhung der Quote bei der Einstellung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.  
Dies würde der Gesamtzahl der Bewerber nicht gerecht; es ist zudem angestrebt, jeden Auszubildenden anschließend direkt zu übernehmen oder in eine Arbeitsstelle weiterzuvermitteln, so dass eine Quotenerhöhung unter Umständen die Stadtverwaltung überfordern würde.
- Anregung: Aufnahme einer Zusammenarbeit mit Firmen zur Weitervermittlung nach der Ausbildung.  
Es besteht bereits eine Zusammenarbeit mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem FC etc.
- Anregung: Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit auch auf Hauptschulen.  
Es wird bereits im Rahmen der Berufswahlorientierung auch an Hauptschulen entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gemacht.
- Nachfrage: In welchen Tätigkeitsbereichen arbeiten Migranten in der Stadtverwaltung?  
Es werden einige Bereiche mündlich vorgetragen, z.B. haben 239 Mitarbeiter im Erziehungs- und 45 Mitarbeiter im Verwaltungsbereich einen Migrationshintergrund.  
Eine ausführliche schriftliche Auflistung wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.
- Nachfrage: Werden alle Ausgebildeten von der Stadt übernommen?  
Es besteht grundsätzlich ein hohes Interesse die ausgebildeten Jugendlichen auch weitestgehend zu übernehmen. Bei Nichtübernahme sieht die Stadt eine Verpflichtung zur Unterstützung einer Vermittlung in außerstädtische Arbeitsverhältnisse.

Es wird seitens des Integrationsrates angeregt die multikulturelle Kompetenz von Personen mit Migrationshintergrund stärker zu nutzen und als zusätzliches Qualifikationsmerkmal bei der Einstellungsentscheidung zu berücksichtigen.

### **1.3 Wahl der /des 3. Vorsitzenden des Integrationsrates**

Durch das Ausscheiden des Integrationsratsmitgliedes Frau Bogdanou ist eine dritte Stellvertretung des Vorsitzenden neu zu wählen.

Es wird vorgeschlagen das Integrationsratsmitglied Frau Giurano zur dritten stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

#### **Beschluss:**

Frau Giurano wird zur dritten stellvertretenden Vorsitzenden des Integrationsrates gewählt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt - Frau Giurano nimmt die Wahl an.

### **1.4 Benennung eines Vertreters / einer Vertreterin des Integrationsrates in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender**

Durch das Ausscheiden des Integrationsratsmitgliedes Frau Bogdanou eine neue Vertreterin des Integrationsrates in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender zu wählen.

Es wird vorgeschlagen das Integrationsratsmitglied Frau Giurano zur Vertreterin des Integrationsrates in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender zu wählen.

#### **Beschluss:**

Frau Giurano wird zur Vertreterin des Integrationsrates in der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule, Transgender gewählt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt - Fr. Giurano nimmt die Wahl an.

## **2 Beantwortung von Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## **2.1 Doppelte Staatsangehörigkeit 1386/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

## **2.2 Anfrage des Herrn Karaman vom 02.01.2009 zu "Wochenzeugnissen" an Schulen 1151/2009**

Frau Mucuk-Edis übt Kritik an der „nebulösen“ Anfrage bzw. Antwort.

Es wird darauf hingewiesen, dass in solchen Fällen im Interesse der Vermeidung einer eventuellen Rufschädigung der betroffenen Schüler, Eltern und Schulen, genauer geprüft werden sollte, ob solche Themen nicht besser im nichtöffentlichen Teil der Sitzung abgefragt bzw. beantwortet werden sollten.

Frau Dos Santos bittet darüber hinaus um Mitteilung seitens Verwaltung, in welcher Form in solchen Fällen die Eltern informiert und einbezogen werden, wenn, wie in diesem Fall geschehen, etwas schwierigere Probleme im Schulalltag auftauchen und welche Maßnahmen dann ergriffen werden.

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

## **2.3 Anfrage zum Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts in städtischen Grundschulen 1355/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Dos Santos bittet die Verwaltung die Fragestellung hinsichtlich des Gemeinsamen Unterrichts auch für weiterführende Schulen zu beantworten.

Es wird angeregt die Stellungnahme der Verwaltung auch dem Ausschuss Schule und Weiterbildung zukommen zu lassen.

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Es liegen keine Anfragen vor.

## **4 Mitteilungen**

### **4.1 EFRE Wettbewerb "Medien.NRW" 0812/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

### **4.2 Ausbildungsbericht 5227/2008**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde bereits unter Tagesordnungspunkt 1.2 mitbehandelt.

### **4.3 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - März 2009 1412/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

### **4.4 Haus der Kulturen der Welt 0873/2009**

Es wird vorgeschlagen diesen TOP auf die nächste Sitzung zu vertagen und eine Arbeitsgruppe zur inhaltlichen Bearbeitung des Themas zu bilden.

Als Mitglieder der Arbeitsgruppe melden sich spontan Frau Mucuk-Edis, Frau Giurano, Herr Helling und Herr Keltek. Seitens des Interkulturellen Referates wird Herr Vetter den Prozess begleiten. Über die Einladung zum ersten Treffen werden die Integrationsratsmitglieder informiert.

Die Weiterentwicklung des jetzt seitens des Kulturamtes vorgelegten Konzeptes wird grundsätzlich als positiv angesehen und es wird die Absicht formuliert seitens des Integrationsrates eine fundierte Meinung zum Thema abzugeben.

**Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt. Eine Arbeitsgruppe des Integrationsrates wird die Vorlage kurzfristig ausführlich diskutieren.

**4.5 Sitzung des Integrationsrates vom 03.03.2009, TOP 7.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum "Verein für Interkulturelle Bildung und Austausch e.V."  
1491/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Es wird gebeten

- darzustellen wie sich die Zentren nach dem Erhalt einer Anschubfinanzierung weiterentwickelt haben,
- welche sozialräumlichen Kooperationsstrukturen der Zentren mit „Dritten“ bestehen,
- welche Akteure noch vor Ort tätig sind,
- sowie das Zentrum des Flüchtlingsrates Köln in der Liste mit aufzunehmen.

**4.6 Bericht zur Arbeitsmarktsituation / Informationsdienst Kölner Arbeitsmarkt  
1771/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.7 Auszug aus der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren - Verbesserung der Beschäftigungssituation (U25-Konferenz)  
1610/2009**

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt; der Leiter des Amtes für Soziales und Senioren wird das Projekt dann ausführlich vorstellen.

**4.8 Broschüre zur Suchtvorbeugung, Frühintervention und Versorgungsangebote in Köln  
1547/2009**

Die Broschüren werden in der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

Die Broschüren werden in der nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.

#### **4.9 Zwischenevaluation für das Rucksackprogramm 0384/2009**

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

#### **4.10 Plakat des Lesben- und Schwulenverband Deutschland 1770/2009**

Frau Mucuk-Edis merkt an, dass sie insbesondere das Plakat, welches sich an junge Männer richtet, auf den ersten Blick als sehr klischeehaft und nicht wirklich gelungen empfindet.

Die Integrationsratsmitglieder nehmen die Mitteilung der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### **5.1 Antrag auf Verabschiedung einer Resolution bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von 'pro Köln' in Köln AN/0842/2009**

Die SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben einen gemeinsamen Änderungsantrag zum ursprünglichen Resolutionstext eingebracht.

Der ursprüngliche Textvorschlag im siebten Absatz der Resolution lautete:

*„Auch wenn diese Gesellschaft solche Formen von Auseinandersetzung führen und aushalten können muss, ohne Schaden zu nehmen, muss sie aber auch deutlich nach Außen zeigen, dass Demagogen, diese Veranstaltung und die dort verbreiteten Meinungen nicht repräsentativ für die Bevölkerung dieses Land sind.“*

Dieser Absatz wurde aufgrund des Änderungsantrages folgendermaßen ersetzt:

*„Unsere demokratisch verfasste Gesellschaft wird durch den Antiislamisierungskongress und die in diesem Zusammenhang propagierten Meinungen und Ziele in ihren Grundsätzen in Frage gestellt. Sie nimmt zwar dadurch nicht wirklich Schaden, aber dieser Kongress muss für alle demokratisch orientierten Kräfte Anlass geben deutlich zu machen, dass antidemokratische, ausländergefeindliche und rassistische Meinungen weder in Köln noch in einer anderen Stadt in unserem Land repräsentativ und nicht gewollt sind.“*

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat Köln bittet den Rat der Stadt Köln einstimmig den nachfolgenden geänderten Resolutionstext bezüglich des geplanten europaweiten Treffens von ‚pro Köln‘ in Köln zu übernehmen und gleichfalls zu verabschieden.

### **Resolution zum geplanten europaweiten Treffens von ‚pro Köln‘ am 08./09.05.2009 in Köln**

Nach einem ersten Versuch von ‚pro Köln‘ am 20.09.2008 in Köln einen „Antiislamisierungskongress“ abzuhalten, ist jetzt beabsichtigt gemeinsam mit ‚pro NRW‘ als einen so genannten „Wahlkampfhöhepunkt“ zur Europawahl 2009 erneut einen „Antiislamisierungskongress in Köln zu veranstalten.

Geplant ist eine internationale Pressekonferenz am Freitag dem 08.05.2009, sowie eine Hauptkundgebung mit anschließendem Protestzug am Samstag, 09.05.2009.

Das Innenministerium NRW führt ‚pro Köln‘ seit 2004 unter dem „Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ im NRW-Verfassungsschutzbericht auf.

Das VG Düsseldorf – bestätigt durch das OVG Münster – hat 2005 festgestellt, dass sich insbesondere aus Äußerungen in den ‚pro Köln‘ - Infoblättern sowie aus Artikeln, die sich im Archiv der Homepage von ‚pro Köln‘ befinden, Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen ergeben, die die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot verletzen. Ausländer bzw. Migranten würden mit überwiegend drastischer Wortwahl anhaltend negativ bewertet, herabgesetzt und ausgegrenzt.

Der Kölner Integrationsrat setzt sich ausdrücklich für das gleichberechtigte Miteinander und gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Angriffen auf die demokratische Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ein. Keine Ideologie, keine Religion rechtfertigt oder legitimiert Extremismus, Terrorismus und Menschenrechtsverletzungen und ist auf das Schärfste zu verurteilen und zu bekämpfen.

Der Integrationsrat bewertet den erneuten Versuch der Durchführung eines von ‚pro Köln‘ organisierten Anti-Islamisierungskongresses, als Angriff auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, die auch das Recht auf freie Religionsausübung schützt.



Mit großer Sorge nimmt der Integrationsrat der Stadt Köln diese Veranstaltung zur Kenntnis und ruft alle Demokratinnen und Demokraten auf, sich im Rahmen der jeweils eigenen Möglichkeiten gegen die von ‚pro Köln‘ verbreiteten demokratie-, ausländer-, und menschenfeindlichen Aussagen zu stellen.

Alle Menschen, alle Kölner und Kölnerinnen, egal welcher Konfession, Hautfarbe oder Nationalität, sind aufgerufen, gegen diesen „Antiislamisierungskongress“ und die damit verbundenen fremdenfeindlichen Aussagen Flagge zu zeigen. Sie sind aufgerufen, die vielen Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen, die sich dagegen formieren, zu unterstützen.

Unsere demokratisch verfasste Gesellschaft wird durch den Antiislamisierungskongress und die in diesem Zusammenhang propagierten Meinungen und Ziele in ihren Grundsätzen in Frage gestellt. Sie nimmt zwar dadurch nicht wirklich Schaden, aber dieser Kongress muss für alle demokratisch orientierten Kräfte Anlass geben deutlich zu machen, dass antidemokratische, ausländerfeindliche und rassistische Meinungen weder in Köln noch in einer anderen Stadt in unserem Land repräsentativ und nicht gewollt sind.

In einer globalisierten Welt, die immer mehr zusammen wächst und aufeinander angewiesen ist, darf die Spaltung der Gesellschaft nicht zugelassen werden.

Köln ist und bleibt eine weltoffene Stadt, die sich für das friedliche, gleichberechtigte Mit- und Nebeneinander einsetzt und in der Rassismus und Extremismus keinen Platz haben dürfen!

**Abstimmungsergebnis:**

Mit Änderung einstimmig und ohne Gegenstimmen / Enthaltungen beschlossen.

**Antrag auf Verabschiedung einer Resolution bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von "Pro Köln" in Köln  
AN/0795/2009**

**Beschluss:**

**Abstimmungsergebnis:**

## **5.2 Antrag auf regelmäßige Vorstellung der in den Interkulturellen Zentren geleisteten Arbeit im Integrationsrat AN/0843/2009**

Es wird zu bedenken gegeben, dass sich eine Vorstellung der 32 Interkulturellen Zentren auf Jahre hinziehen und letztlich inhaltlich wiederholen würde.

Der Vorschlag die Tagungen des Integrationsrates oder des Vorbereitungskreises des Integrationsrates wechselnd in den Zentren stattfinden zu lassen, wird aufgrund des hohen technischen Aufwandes wieder verworfen.

Um den Zentren dennoch eine Möglichkeit zu geben sich in der Öffentlichkeit vorzustellen wird angeregt, dass sich der Arbeitskreis Zentren mit einer geeigneten Darstellungsform beschäftigen solle.

### **Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt soll in der nächsten Sitzung erneut behandelt werden.

## **5.3 Antrag auf Unterstützung des Appells "Für kulturelle Vielfalt und ein demokratisches Miteinander" AN/0844/2009**

Für die CDU-Fraktion bittet Frau de Bellis den TOP zu verschieben, um ihn in der Fraktion zu beraten.

Nach Hinweis auf die bevorstehende Europawahl erklärt Frau de Bellis nicht im Wege stehen zu wollen und dass ihre Fraktion allen Punkten des Appells bis auf den letzten Satz unter Abschnitt 7 zustimmen könne.

Herr Keltok schlägt vor, dass in den Mitteilungen darauf hingewiesen wird, dass die CDU den Appell unterstützt bis auf den Punkt „Kommunales Wahlrecht“.

Frau De Bellis schlägt, unterstützt von Frau Dos Santos, eine getrennte Abstimmung vor.

Herr Helling bittet den Vorsitzenden um Klarstellung, dass erst getrennt über den Punkt 7 / letzter Satz des Appells und anschließend über alle 10 Punkte des Appells (außer Punkt 7) abgestimmt werden soll.

Die Abstimmung über den Appell wird aufgeteilt in

- eine Abstimmung über den Punkt 7 / letzter Satz des Appells und
- eine Abstimmung über den gesamten Appell unter Auslassung von Punkt 7 / letzter Satz.

### **Beschluss:**

# **Für ein multikulturelles Miteinander!**

## **Appell**

### **zur kommunalpolitischen Vorbeugung gegen einen rassistischen Populismus**

Im Vorfeld der anstehenden Wahlen versucht die extreme Rechte in NRW verstärkt, kommunal an Einfluss zu gewinnen. Gezielt werden dabei soziale und politische Probleme aufgegriffen und mit populistischen Kampagnen rassistisch besetzt.

Die extreme Rechte stilisiert dabei die multikulturelle Gesellschaft zum zentralen Feindbild. In den Kommunen versucht sie, sich mit ihrer Propaganda an Schulhöfen, in Jugendeinrichtungen und Vereinen sowie mittels Demonstrationen und Freizeitangeboten lokal zu verankern.

Im aktuellen Wahlkampf vertreten alle Rechtsaußenparteien einen antiislamischen Populismus, der mit völkisch-rassistischen Parolen aufgeladen wird. „*Deutsche wehrt euch – Gegen Überfremdung, Islamisierung und Ausländerkriminalität!*“ lautet eine Kampagne des NPD-Landesverbandes NRW. Auch die REPUBLIKANER und die DVU bedienen sich im Wahlkampf ähnlicher Parolen. Unter dem Namen „*Bürgerbewegung pro NRW*“ tritt erstmals eine regionale Wahlpartei der extremen Rechten in Erscheinung, welche Anti-Moscheebau-Kampagnen in den Mittelpunkt ihrer Agitation gerückt hat. Zu deren Selbstinszenierung dient u.a. ein als „*Anti-Islamisierungskongress*“ getarntes Wahlkampfspektakel in Köln. Solche Kampagnen sind für diese Gruppen ein öffentlichkeitswirksamer Versuch, antimuslimischen Rassismus gesellschaftsfähig zu machen. Denn in den öffentlichen Auseinandersetzungen um Moscheebauten werden zugleich die Konfliktfelder unserer Einwanderungsgesellschaft sichtbar. Probleme wie religiöser Fundamentalismus, Verletzung von Menschenrechten und so genannte „Integrationsdefizite“ sind real. Doch können diese Konflikte nicht pauschal Zuwanderern angelastet werden, sondern müssen als gemeinsame Herausforderung begriffen werden.

Die extreme Rechte nutzt hingegen verknüpft die Glaubensfrage mit der Integrationspolitik und suggeriert eine Gefahr durch eine vermeintlich „fremde Kultur“:

*Zugewanderte = Islam = Islamismus = Bedrohung* lautet dabei die rassistische Gleichsetzung von Rechts.

**Wir dürfen nicht zulassen**, dass im Wahlkampf Rassismus und Ausgrenzung über den Umweg von Kulturkampf-Parolen und der Instrumentalisierung von religiösen Fragen im kommunalpolitischen Alltag an Einfluss gewinnen.

Deshalb wollen wir Aktivitäten entfalten, die kommunales Engagement gegen die extreme Rechte mit dem Ausbau einer demokratischen und auf Vielfältigkeit orientierten Stadt- bzw. Gemeindelebens sowie einer auf Partizipation ausgerichteten Integrati-

onspolitik verknüpfen. Dazu erachten wir die folgenden Punkte als wichtige Handlungsansätze.

# **Gemeinsam handeln!**

## **Zehn Punkte gegen rassistischen Populismus**

### **1. Verantwortung zeigen**

In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

### **2. Sachkenntnis herstellen**

Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist eine profunde Kenntnis der Strukturen, der propagandistischen Inhalte und der Akteure der extremen Rechten vor Ort und deren Netzwerken Voraussetzung. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden.

### **3. Vorbeugung und Aufklärung betreiben**

Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich etablierte „Mittler“ zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben - auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen.

### **4. Engagement von unten stärken**

Die Auseinandersetzung mit rassistischem Populismus kann nicht an die Politik delegiert werden. Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzuengen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen.

Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindenkultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperationen zwischen öffentlichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkul-

turellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrantenselbstorganisationen.

### **5. Bündnisse gegen Rassismus fördern**

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die entschiedene Positionierung gegen Rassismus nur die eine Seite der Medaille: Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von Zuwanderer-Vereinigungen eine aktive Rolle spielen. Integrations- und Migrationsräte sowie unterschiedliche Selbstorganisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen eine große Rolle. Sie tragen dazu bei, interkulturelles Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

### **6. Demokratische und interkulturelle Identifikationsangebote schaffen**

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden. Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

### **7. Integrationspolitik aktiv gestalten**

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune. Einer Politik, die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe versteht, kommt eine herausragende Bedeutung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Eine nachhaltige Integrationspolitik ist ein zentrales Mittel zur Vorbeugung gegen rassistische Hetze. Hierzu sind verstärkte finanzielle und politische Anstrengungen vonnöten, um kommunale Handlungspotentiale stärken und die rechtlichen und sozialen Benachteiligungen zugewanderter Bevölkerungsteile beseitigen zu können.

Dies beinhaltet beispielsweise die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle auf Dauer hier lebenden Zugewanderten.

### **8. Instrumentalisierung von Glaubensfragen unterbinden**

Die Anerkennung des Rechts auf freie Religionsausübung ist ein Grundrecht in unserer säkular orientierten Gesellschaft. Zur Förderung eines respektvollen Miteinanders auf Augenhöhe gehört auch die gesellschaftliche Integration des Islams in Deutschland. Hierbei sind noch große Aufgaben zu bewältigen, die einen sachlichen Umgang mit den damit verbundenen Schwierigkeiten erfordern.

Deshalb ist jede Form politischer Instrumentalisierung von Glaubensfragen zu vermeiden. Anstelle der Überhöhung von religiösen Glaubensfragen sollten gemeinsame

soziale und kulturelle Alltagsinteressen in unserer Einwanderungsgesellschaft in den Vordergrund gestellt werden.

### **9. Interkulturelle Konflikte und „Angst-Themen“ offensiv diskutieren**

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Moscheebauvorhaben, zum politischen Fundamentalismus und zu Problemen im Zusammenleben verschiedener „Kulturen“ (die keine homogenen Blöcke sind). Bei der Auseinandersetzung mit integrationspolitischen Fragen ist das interkulturelle Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessensgruppen von Zugewanderten.

### **10. Kulturkampf-Parolen im Wahlkampf unterbinden**

Dem Rassismus von Rechtsaußen im Wahlkampf muss eine Politik der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt entgegengesetzt werden. Das beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die politische Mitte. Jeglichen Wahlkampagnen auf dem Rücken von Zugewanderten ist daher eine deutliche Absage zu erteilen. Populistische Kulturkampf-Parolen verdecken reale Probleme und verstärken rassistische Ressentiments. Anstelle von religiös oder kulturell hergeleiteten Leitkultur-Parolen oder Anpassungsforderungen muss eine Orientierung auf soziale Integration und kulturelle Ausdifferenzierung gesetzt werden. Angesichts der vielfältigen sozialen und integrationspolitischen Anforderungen in Nordrhein-Westfalen ist eine Politik erforderlich, die sich den integrationspolitischen Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders offensiv stellt und jeglichem kulturalistischem Populismus eine Absage erteilt.

#### **Der Appell ist initiiert von:**

- Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
- Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf
- Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen
- Migrationsrat der Stadt Oberhausen

#### **Bisherige Unterstützer des Appells:**

- Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz
- Gewalt Akademie Villigst

Weitere Institutionen und Einrichtungen werden aktuell um Unterstützung angefragt.

### **Abstimmungsergebnis:**

- Abstimmung über den Punkt 7 / letzter Satz: *„Dies beinhaltet beispielsweise die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle auf Dauer hier lebenden Zugewanderten.“*
  - Mehrheitlich zugestimmt bei einer Gegenstimme (von Frau De Bellis).
- Abstimmung über den gesamten Appell unter Auslassung von Punkt 7 / letzter Satz:
  - Einstimmig zugestimmt ohne Gegenstimmen und Enthaltungen.

## **5.4 Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen AN/0845/2009**

Die besondere Dringlichkeit des Antrages ist aufgrund der aktuellen Beratungen des Themas im Landtag NRW und einer bevorstehenden Gesetzesentscheidung gegeben.

Die Mitglieder des Integrationsrates verständigen sich darauf, dass die Einstimmigkeit einer Beschlussfassung zum Thema unbedingt erforderlich ist.

In der Begründung des Antrages wird der Text nach dem 2. Absatz jetzt durch einen Text aus dem so genannte ‚Eckpunktepapier‘ (erarbeitet in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Integrationsministerium, der Vertreterin des Integrationsbeauftragten, den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände sowie den Vertretern der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW) ersetzt.

### **Beschluss:**

#### **Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen**

Der Integrationsrat der Stadt Köln beschließt, den Landtag aufzufordern, sich bei der Änderung des § 27 der Gemeindeordnung an dem Eckpunktepapier des Innenministeriums, des Integrationsministeriums, des Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der LAGA NRW zu orientieren (s. Anlage).

Sofern dies nicht möglich ist wird darum gebeten, von einer Änderung des § 27 GO abzusehen und stattdessen den Kommunen auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, durch Inanspruchnahme der Experimentierklausel des § 126 der GO von § 27 GO abzuweichen.

## **Begründung:**

In der laufenden Legislaturperiode haben zahlreiche Gemeinden aufgrund von gemeinsamen Beschlüssen des Rates und der Migrantenvvertretung abweichend von § 27 GO andere Formen der politischen Beteiligung der Migrantinnen und Migranten in der Kommune erprobt.

Die Berichte der Kommunen über die Arbeit der Gremien haben dazu geführt, dass sich im Frühjahr 2008 das Innenministerium, das Integrationsministerium, der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände und die LAGA NRW auf die nachfolgenden Eckpunkte einer zukünftigen einheitlichen Migrantenvvertretung für Nordrhein-Westfalen geeinigt haben.

- Es soll auch zukünftig ein kommunales Gremium geben, das in einem geänderten §27 festgeschrieben wird.
- Bezugsgröße für die Pflicht zur Einrichtung bleibt die Zahl der Ausländer in der Kommune, da andere Zahlen (Menschen mit Migrationshintergrund) nicht mit der nötigen Bestimmtheit ermittelt werden können.
- Die Regelung des § 27 Abs 1, in dem geregelt ist, wann ein Gremium einzurichten ist bzw. eingerichtet werden kann, bleibt unverändert.
- Auf eine Festschreibung von Mindest- und Höchstzahl von Mitgliedern wird verzichtet.
- Es ist Konsens, dass das Gremium mit gewählten Migrantenvvertretern und stimmberechtigten Ratsmitgliedern zusammengesetzt sein soll.
- In § 27 soll ein „Grundmodell“ beschrieben werden *„In Gemeinden mit mindestens 5.000 ausländischen Einwohnern ist ein Integrationsrat zu bilden, der zu 2/3 aus gewählten Migrantenvvertretern und 1/3 aus vom Rat entsandten stimmberechtigten Ratsmitgliedern besteht....*
- An anderer Stelle soll es dann heißen: *Abweichend von Abs. 1 kann auch ein Integrationsausschuss eingerichtet werden, der aus Ratsmitgliedern und gewählten Migrantenvvertretern besteht.*
- Einvernehmen bestand, dass ein einheitlicher Name erforderlich ist:



## Integrationsrat oder Integrationsausschuss.

- Im Rechts- und Verfassungsausschuss des Städte- und Gemeindebundes wurde darauf hingewiesen, dass auch Ausländerbeiräte gute Arbeit leisten. Deshalb war der Wunsch, alternativ auch noch herkömmliche Beiräte zuzulassen.
- Es wurde vereinbart, zukünftig eine Vertreterregelung nicht mehr zuzulassen, dies soll dann auch für die Ratsmitglieder gelten.
- Entsprechend § 58,3 GO soll der Integrationsrat Sachverständige zu den Beratungen hinzuziehen können. (Anmerkung: Das wären dann keine beratenden **Mitglieder**, sie könnten auch ständig hinzu gezogen werden).
- Aktives Wahlrecht: Gegen eine Regelung, die dem Wunsch, möglichst alle Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, Rechnung trägt, bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

### Aktiv wahlberechtigt sollen sein:

- Ausländer
- Deutsche
  - die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben
  - deren Mutter oder Vater die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erworben hat
  - die neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen (Mehrstaatler)
  - die als Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben haben

Die vorgenannten Deutschen sollen das Wahlrecht nur nach Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis mit entsprechendem Nachweis ausüben können.

- Bei der Frage der Briefwahl besteht Einvernehmen, dass diese entsprechend der Vorschriften für Kommunalwahlen möglich sein soll (Also: **Nur** Briefwahl ginge nicht)

- Hinsichtlich des Wahltermins ist der ursprünglich diskutierte Wunsch, die Wahl am Tag der Kommunalwahl durchzuführen, durch einen Gesetzentwurf von CDU und FDP überholt worden. Dort heißt es: *„Die Wahl findet spätestens zehn Wochen nach dem Beginn der Wahlzeit des Rates statt.“*

Die Wahlzeit des neu gewählten Rates beginnt am 21.10.2009. Spätester Wahltermin wäre demnach der 30.12.2009.

Unbeschadet dessen besteht die Möglichkeit des Innenministers, einen einheitlichen Wahltermin festzulegen. Die kommunalen Spitzenverbände wären dabei zu beteiligen.

- Die Wahl soll umfassend der Wahlprüfung unterzogen werden, hierfür soll der kommunale Wahlprüfungsausschuss zuständig sein.
- Aufgabenstellung: Es soll bei der Formulierung des § 27,8 bleiben: Das Gremium kann sich mit allen Angelegenheiten der Gemeinde befassen.
- Alles was darüber hinaus geht, also Beteiligungs- und Beschlussrechte, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzausstattung etc. soll in der Begründung des Gesetzentwurfes als regelungsbedürftig benannt und eine Klärung in der Hauptsatzung angeregt werden (ähnlich wie in den Handlungsempfehlungen).
- Zur Frage der Entschädigung sollen die Mitglieder des Integrationsrates so behandelt werden, wie Ausschussmitglieder, die nicht dem Rat angehören. Die GO soll keine Sperrklausel für weitergehende Regelungen enthalten. Das heißt, dass die Kommunen durch eigenen Beschluss z.B. Aufwandsentschädigungen für Vorsitzende oder Sitzungsgelder für Arbeitskreissitzungen zahlen können.

Der Integrationsrat bittet den Rat den geänderten Antrag zur Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen zu übernehmen und den Landtag NRW aufzufordern sich bei der Änderung des § 27 der Gemeindeordnung an dem Eckpunktepapier des Innenministeriums, des Integrationsministeriums, des Integrationsbeauftragten der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände und der LAGA NRW zu orientieren.

Sofern dies nicht möglich ist wird darum gebeten, von einer Änderung des § 27 GO abzusehen und stattdessen den Kommunen auch weiterhin die Möglichkeit zu geben, durch Inanspruchnahme der Experimentierklausel des § 129 der GO von § 27 GO abzuweichen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der geänderte Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung beschlossen.

**6 Berichte**

**6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine Berichte vor.

**6.2 Bericht der Vertreter/innen des Integrationsrates für die Bezirksvertretung Mülheim und Porz**

Es liegen keine Berichte vor.

**6.3 Bericht aus der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW)**

**6.3.1 Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU / FDP im Landtag zum "Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden" 1613/2009**

Der Tagesordnungspunkt 6.3.1 wurde von der Verwaltung zurückgezogen und in Tagesordnungspunkt 6.3.3 zusammen gefasst.

**6.3.2 Stellungnahme der LAGA zum "Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation"  
1611/2009**

Der Tagesordnungspunkt 6.3.2 wurde von der Verwaltung zurückgezogen und in Tagesordnungspunkt 6.3.3 zusammen gefasst.

**6.3.3 Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation - Entwürfe / Stellungnahmen  
1767/2009**

Die LAGA hat sich in ihrer außerordentlichen Sitzung am 27.04.2009 zur Zukunft der kommunalen Migrantenvertretungen positioniert (s. auch TOP 5.4).

Es wird über eine außerordentlich entrüstete Stimmungslage auf der außerordentlichen Sitzung der LAGA berichtet.

**7 Beschlussvorlagen**

**7.1 Beschluss über die zukünftige Nutzung der Platzfläche südlich der Arnsberger Straße in Köln-Buchheim  
Arbeitstitel: Südlich Arnsberger Straße in Köln-Buchheim  
4797/2008**

Die Verwaltung teilt mit, dass aufgrund eines Beratungsbedarfes die Vorlage im Stadtentwicklungsausschuss zurückgezogen und eine neue Beratungsfolge (Integrationsrat am 09.06.2009) festgelegt wurde. Es wird angestrebt vor der Sommerpause eine endgültige Beschlussfassung herbeizuführen.

**7.2 Zuschuss für den Verein "Christlich - Islamische Gesellschaft e.V."**

**Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.**

**7.3 entfällt**

**7.4 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training  
1423/2009**

**Beschluss:**

Die Integrationsratsmitglieder stimmen der Beschlussvorlage zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**7.5 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das  
Jahr 2009  
1403/2009**

Folgende Mitglieder des Integrationsrates haben aufgrund ihrer Befangenheit nicht an der Abstimmung teilgenommen: Fr. Giurano, Herr Esen, Herr Keltek, Herr Ostrowski.

**Beschluss:**

Die Integrationsratsmitglieder stimmen der Beschlussvorlage zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Zugestimmt bei einer Enthaltung.

**7.6 Leitbildgruppe Moderne Stadtgesellschaft ev. Jugendpfarramt - Einführung  
des Sprachförderprogramms Kon Lab  
0979/2009**

**Beschluss:**

Die Integrationsratsmitglieder stimmen der Beschlussvorlage zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Enthaltungen zugestimmt

**8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**Beschluss:**

Die Öffentlichkeit wird über die unter TOP 5.1 verabschiedete Resolution des Integrationsrates bzgl. des geplanten europaweiten Treffens von ‚pro Köln‘ unterrichtet.

**9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Frau Schmerbach bittet die Verwaltung einen Sachstandsbericht zum „Lotsenprojekt“ zu geben und den Integrationsrat in der Beratungsvorlage der Ratsvorlage „Kinderarmut“ zu berücksichtigen.

gez.

Tayfun Keltek  
ter

(Vorsitzender)

gez.

Andreas Vetter

(Schriftführer)